



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 582 Postulat Heeb Jonas und Mit. über den Einsatz einer Projektorganisation für den zukünftigen Umgang mit der Pandemie / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 582 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Jonas Heeb hält an der Dringlichkeit fest.

Jonas Heeb: Ich halte an der Dringlichkeit fest. Es geht darum, wie in Zukunft mit den langfristigen Folgen der Pandemie umgegangen werden soll beziehungsweise wie im Hinblick darauf nicht nur reagiert, sondern auch agiert werden kann. Dies vorausschauend und wirkungsvoll zu meistern ist eine schwierige und grosse Aufgabe, welche die Alltagstätigkeit des Kantons übersteigt. Auch wenn wir noch mitten in der Akutbekämpfung des Virus stecken, ist es doch notwendig, sich bereits jetzt vertieft mit den längeren Auswirkungen auseinanderzusetzen, und zwar nicht nur im epidemiologischen Bereich. Es geht um einen Prozess, der kontinuierlich ist und somit keinen fixen Anfang oder kein fixes Ende hat. Dieses Postulat ist ein möglicher Vorschlag für eine Organisation dieses Prozesses. Solche Entscheidungen sollten so schnell wie möglich getroffen werden und vertragen keinen Aufschub. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Unterschätzen Sie die Regierung nicht. Wir haben sicher nicht alles gut gemacht, aber wir sind viel weiter, als heute hier suggeriert wird. Das Personal haben wir verstärkt, die Organisationsentwicklung setzen wir um, unsere Linie haben wir verstärkt, die Departemente arbeiten an Tätigkeiten für das Jahr 2022 und 2023. Wenn wir hier jetzt eine Projektorganisation einsetzen, dann würden wir wieder von vorn beginnen. Wir müssen aus dieser Krise herauskommen. Das Virus darf nicht immer im Zentrum stehen. Wir haben noch andere Tagesgeschäfte. Die Weichen haben wir korrekt gestellt. Ich bitte Sie aus diesem Grund, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 85 zu 28 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.